



Durchwahl: 0511 3030-2151  
Mein Zeichen: II/73 - 0103 - 00/7  
(Kurzbericht-11-Wo-Ja-Mai)

20. März 2019

## KURZBERICHT

### über Ausschusssitzungen des Niedersächsischen Landtages in der Zeit vom 11. bis 15. März 2019

#### Donnerstag, 14. März 2019

##### 1 Ausschuss für Inneres und Sport (47. Sitzung)

###### Beratungsthemen:

1. **Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung über den Fund einer selbst gebastelten Rohrbombe mit nationalsozialistischen Symbolen an einem Baggersee in Haren im Landkreis Emsland**

Der Ausschuss folgte dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig und bat die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung.

2. [Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Wahlrechtsausschlüsse für Menschen mit Behinderungen im Niedersächsischen Landeswahlgesetz \(NLWG\) und im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz \(NKomVG\)](#)  
[Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/29](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung der mitberatenden Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 16) anzunehmen und den Einsender der **Eingabe 03455/02/17** über die Sach- und Rechtslage zu informieren.

*Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD*

*Ablehnung: -*

*Enthaltung: -*

*Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Belit Onay (GRÜNE).*

3. a) [Bericht der Landesregierung zur Evaluierung des Niedersächsischen Sportfördergesetzes](#)  
[Unterrichtung durch die Landesregierung - Drs. 18/3150](#)
- b) [Sportstätten fördern: Sportland Niedersachsen fit für die Zukunft machen](#)  
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1842](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung und eine Stellungnahme des Landessportbundes entgegen und führte darüber eine Aussprache

4. [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung vollstreckungsrechtlicher Vorschriften](#)  
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3037](#)

Der Ausschuss erörterte die Grundzüge des Gesetzentwurfs und besprach Verfahrensfragen. Die Koalitionsfraktionen kündigten an, einen ergänzenden Änderungsvorschlag vorzulegen. Der Ausschuss kam überein, die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten, sobald der Vorschlag vorliegt.

5. [Bürokratiearme Zulassung von Schalldämpfern](#)  
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2568](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Mitberatung zurückzustellen, bis die erwartete Gesetzesinitiative zur Änderung des Waffengesetzes auf Bundesebene vorliegt.

#### **Außerhalb der Tagesordnung:**

[Die gute Idee eines „Rechtsschutzfonds für Einsatzkräfte“ mit Leben füllen - Einsatzkräfte nicht im Stich lassen!](#)  
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2902](#)

Der Ausschuss hatte in der 46. Sitzung am 7. März 2019 beschlossen, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen. Er einigte sich nunmehr auf den Kreis der Anzuhörenden.

#### **Terminangelegenheiten**

Der Vorsitzende informierte den Ausschuss darüber, dass die für den 21. März 2019 geplante Sitzung entfällt.

## 2 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (39. Sitzung)

### Beratungsthemen:

1. [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs und des § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes](#)  
[Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2891](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfs ab. Er empfahl dem Landtag, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 2 anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* AfD

Die Beschlussempfehlung erging unter dem Vorbehalt der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen.

Als Berichterstatterin wurde die Abg. **Petra Joumaah** (CDU) benannt.

2. [Maßnahme von finanzieller Bedeutung für den Einzelplan 05; Bitte um Zustimmung gem. § 40 Abs. 2 LHO zur Sicherstellung der Liquidität der zuständigen Stelle nach § 26 Pflegeberufegesetz](#)  
[Antrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - Drs. 18/3169](#)

Der Ausschuss schloss die Mitberatung des Antrags ab. Er empfahl dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen, dem Landtag die Annahme des Antrags vorzuschlagen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, FDP

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* GRÜNE, AfD

3. a) [Den Missbrauch von K.O.-Tropfen verhindern](#)  
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/327](#)  
b) [Missbrauch von psychoaktiven Substanzen verhindern: Durch zielgerichtete Aufklärung vor K.O.-Mittel schützen](#)  
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3182](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung der Anträge ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag zu a) in der Fassung des Änderungsvorschlags in der Vorlage 2 abzulehnen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP

*Ablehnung:* AfD

*Enthaltung:* -

Ferner empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Antrag zu b) in unveränderter Fassung anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, FDP

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* GRÜNE, AfD

Die Fraktion der Grünen kündigte einen Änderungsantrag an.

4. [Gesundheit fördern - Bürger vor der Ausbreitung von Scabies/Krätze wirksam schützen!](#)  
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/2905](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand entgegen und führte darüber eine Aussprache. Im Anschluss daran empfahl er dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

5. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Möglichkeiten zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

6. [Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Wahlrechtsausschlüsse für Menschen mit Behinderungen im Niedersächsischen Landeswahlgesetz \(NLWG\) und im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz \(NKomVG\)](#)

[Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/29](#)

Der Ausschuss schloss die Mitberatung des Gesetzentwurfs ab. Er nahm den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 16 zustimmend zur Kenntnis.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: AfD

7. **Vorbereitung der parlamentarischen Informationsreise nach Island und Estland in der Zeit vom 27. Mai bis 1. Juni 2019**

Der Ausschuss informierte sich über den aktuellen Stand der Vorbereitungen für die Informationsreise nach Island und Estland.

8. **Unterrichtungswunsch**

Auf Vorschlag der Fraktionen der SPD und der CDU bat der Ausschuss die Landesregierung für eine der nächsten Sitzungen um eine Unterrichtung über die Studie zu Medikamenten- und Impfversuchen an Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Heimerziehung in Niedersachsen zwischen 1945 und 1976.

3 **Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes**  
(20. - nicht öffentliche und teilweise vertrauliche - Sitzung)

**Beratungsthemen:**

**Nicht öffentlicher Sitzungsteil**

1. [Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages](#)  
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 18/2426](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch.

**Vertraulicher Sitzungsteil**

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung gemäß § 36 Abs. 1 NVerfSchG**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.

**Freitag, 15. März 2019**

**4 Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“**  
(14. - nicht öffentliche - Sitzung - Reise)

**Beratungsthema:**

**Besichtigung der Justizvollzugsanstalt Bremervörde**

Der Unterausschuss ließ sich durch den Anstaltsleiter über die Lage der Anstalt unterrichten, besichtigte die Anstaltsgebäude und führte Gespräche mit einem Vertreter des örtlichen Personalrats und mit der Gleichstellungsbeauftragten sowie mit Mitgliedern des Anstaltsbeirats.

**5 Kultusausschuss**  
(24. Sitzung)

**Beratungsthemen:**

**1. Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Beschulung geflüchteter Kinder in der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen“**

Der Ausschuss billigte den Antrag einstimmig.

**2. Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Sachstand der Neuregelung der Finanzhilfe der Schulen in freier Trägerschaft**

Der Ausschuss billigte den Antrag einstimmig und verständigte sich darauf, dass im Rahmen der Unterrichtung auch über den Verhandlungsstand bezüglich einer Schulgeldfreiheit in der Erzieherausbildung sowie den Sachstand bezüglich einer Schulgeldfreiheit in den Gesundheits- und Pflegeberufen berichtet werden soll.

**3. Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Maßnahmen zur Entlastung von Lehrkräften“**

Der Ausschuss billigte den Antrag einstimmig.

**4. Unterrichtung der Landesregierung zum Thema „Fernbleiben vom Unterricht wegen ‚Fridays for future‘“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

**5. [Anpassung der Bezahlung von Lehrkräften aus der ehemaligen DDR](#)  
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2570](#)**

Der - federführende - Ausschuss begann mit der Beratung und nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand entgegen. Im Anschluss daran kündigte der Vertreter der FDP-Fraktion an, zu prüfen, den Antrag gegebenenfalls zurückzuziehen, da die darin formulierten Forderungen inzwischen zu einem großen Teil erledigt seien.

6. [Berufsschulen stärken - Berufliche Bildung in Niedersachsen voranbringen](#)  
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2564](#)

Der - federführende - Ausschuss begann mit der Beratung. Die Koalitionsfraktionen kündigten an, einen eigenen Antrag zu dem Thema vorzulegen. Vor diesem Hintergrund verständigte sich der Ausschuss darauf, die Beratung des Antrags der FDP-Fraktion fortzusetzen, sobald der von den Koalitionsfraktionen angekündigte Antrag vorliegt, und dann beide Anträge zusammen zu beraten.

7. [Bildung in der digitalisierten Welt](#)  
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2898](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung und kam überein, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen. Über den Kreis der Anzuhörenden soll eine Verständigung seitens der Fraktionen am Rande des März-Plenums erfolgen.

8. [Bestandsgarantie für Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Emotionale und Soziale Entwicklung](#)  
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/2906](#)

Der - federführende - Ausschuss führte die Beratung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU, der GRÜNEN und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfahl er dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag abzulehnen.

## 6 Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung (30. Sitzung)

### Beratungsthemen:

1. [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes](#)  
[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/1839](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung gemäß § 28 Abs. 4 GO LT durch und beschloss, dem federführenden Ausschuss für Inneres und Sport anstelle einer förmlichen Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift über diese Sitzung zu übermitteln, aus dem sich das Meinungsbild des Ausschusses ergibt.

2. **Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Thema „Unterstützung mobilitätseingeschränkter Reisender im Bahnverkehr“**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung in einer der nächsten Sitzungen zu bitten.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Thema „Digitalisierung und Arbeitsmarkt, insbesondere zur Veränderung der Arbeitswelt und der Arbeitsbedingungen durch die fortschreitende Digitalisierung (Arbeit 4.0)“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. **Planungsunterlagen müssen zwischen Behörden endlich digital übertragen werden**  
Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2815

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

5. a) **Nachhaltige Gründungsoffensive für Niedersachsen**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2828
- b) **Kein Bürokratie-Stipendium schaffen - Gründerstipendien gründerfreundlich gestalten!**  
Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2889

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat ferner den Ausschuss für Wissenschaft und Kultur um eine Stellungnahme zu den ihn betreffenden Aspekten nach § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT.

6. **Bahnverkehr voranbringen, Bürgerbeteiligung gewährleisten, Lärmschutz stärken**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2901

Der Ausschuss begann mit der Beratung und besprach Verfahrensfragen. Er bat die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu dem Thema in seiner nächsten Sitzung.

7. **Verschiedenes**

Auf Nachfrage des Sprechers der FDP-Fraktion kündigte das MW an, den Ausschuss zum Thema „Entlassungen bei der Volkswagen AG“ zu unterrichten.

Im Auftrage

Wieseahn